

journal

FÜR POLITISCHE BILDUNG

2
2016

Vertreibung,
Flucht, Asyl

Soziales Engagement
und politische Bildung

Geflüchtetenarbeit: Bildungs-
angebote und Praxisbeispiele

Interkulturelle Pädagogik, Inter-
kulturelle Öffnung, „Schwarz-Rot-Bunt“

Beutelsbacher Konsens:
Überwältigende Wirtschaft



**WOCHEN
SCHAU
VERLAG**

© Wochenschau Verlag, Schwalbach/Ts

JOURNAL

FÜR POLITISCHE BILDUNG

Vertreibung, Flucht, Asyl



Soziales Engagement und
politische Bildung

Geflüchtetenarbeit: Bildungsangebote
und Praxisbeispiele

Interkulturelle Pädagogik, Interkulturelle
Öffnung, „Schwarz-Rot-Bunt“

Beutelsbacher Konsens:
Überwältigende Wirtschaft

Herausgegeben
vom Bundesausschuss Politische Bildung
und Wochenschau Verlag



**WOCHEN
SCHAU
VERLAG**

© Wochenschau Verlag, Schwalbach/Ts

IMPRESSUM – JOURNAL FÜR POLITISCHE BILDUNG

Herausgegeben wird das JOURNAL FÜR POLITISCHE BILDUNG (ein Zusammenschluss von *kursiv* und Praxis Politische Bildung) vom Bundesausschuss Politische Bildung (bap), vertreten durch Barbara Menke (Vorsitzende), und dem Wochenschau Verlag, vertreten durch Bernward Debus.

Redaktionsleitung: Felix Münch, M.A., Ederstraße 5, 35390 Gießen, Tel.: 0641/4983934, journal@wochenschau-verlag.de

Jugendbildung: Prof. Dr. Benno Hafener lehrte an der Philipps-Universität Marburg zu „Jugend und außerschulischer Jugendbildung“ (Institut für Erziehungswissenschaft, Philipps-Universität Marburg, Wilhelm-Röpke-Straße 6b/II, 35032 Marburg, Tel.: 06421/28-25173, Fax: 06421/28-28946, benno.hafener@staff.uni-marburg.de)

Medienbildung: Klaus Waldmann, Dipl. Päd., ist Bundestutor der Evangelischen Trägergruppe für politische Jugendbildung (Evangelische Trägergruppe für politische Jugendbildung, Auguststraße 80, 10117 Berlin, Tel.: 030/28395-417, Fax: 030/28395-470, waldmann@politische-jugendbildung-et.de)

Non-formale Bildung: Benedikt Widmaier, M.A., ist Direktor des Hauses am Maiberg in Heppenheim (Haus am Maiberg, Akademie für politische und soziale Bildung, Ernst-Ludwig-Straße 19, 64646 Heppenheim, Tel.: 06252/9306-11, Fax: 06252/9306-17, b.widmaier@haus-am-maiberg.de)

Erwachsenenbildung: Dr. Christine Zeuner ist Professorin für Erwachsenenbildung an der Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg (Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg, Holstenhofweg 85, 22043 Hamburg, Tel.: 040/6541-2796, Fax: 040/6541-2546, zeuner@hsu-hh.de)

Beiträge und Meinungsäußerungen zur Diskussion sind erwünscht. Die Annahme setzt voraus, dass der Verfasser denselben Gegenstand nicht gleichzeitig an anderer Stelle behandelt oder den Beitrag bereits anderweitig veröffentlicht hat bzw. zur Veröffentlichung eingereicht hat. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Sie können zurückgeschickt werden, wenn Rückporto beigefügt ist.

Urheberrecht: Alle Beiträge sind gesetzlich geschützt. Kein Teil dieser Zeitschrift darf in irgendeiner Form (Druck, Fotokopie oder einem anderen Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages – außer in den vom Gesetzgeber vorgesehenen Ausnahmen – reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet werden. Zuwiderhandlungen werden strafrechtlich verfolgt.

Verlag und Vertrieb: WOCHENSCHAU VERLAG, Dr. Kurt Debus GmbH, Adolf-Damaschke-Straße 10, 65824 Schwalbach/Ts., Verleger: Bernward Debus, Dr. Tessa Debus, Geschäftsführung: Bernward Debus, Dr. Tessa Debus, Silke Schneider, Vertriebsleitung: Christoph Steinrücken, Tel.: 06196/86065, Fax: 06196/86060, info@wochenschau-verlag.de, www.wochenschau-verlag.de



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Förderung: Die Zeitschrift wird aus dem Kinder- und Jugendplan des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gefördert.

Bezugsbedingungen: Es erscheinen 8 Hefte jährlich. Einzelheftpreis € 18,00; im Abonnement € 14,95; Jahresabonnement € 59,80; alle Preise verstehen sich zzgl. Versandkosten. Die Kündigungsfrist für das Abonnement beträgt acht Wochen zum Jahresende (31.10.). Bankverbindung: Volksbank Weinheim, Kto. 000 127 0907, BLZ 670 923 00, IBAN DE59 6709 2300 0001 2709 07, BIC GENODE61WNM. Wir empfehlen die preiswerteste und bequeme Zahlung im Lastschriftverfahren.

Anzeigenleitung: Brigitte Bell, 69469 Weinheim, Tel.: 06201/340279, Fax: 06201/182599, brigitte.bell@wochenschau-verlag.de

Anschriftenänderung: Um die pünktliche Lieferung sicherzustellen, bitte Anschriftenänderungen rechtzeitig (mit Angabe der alten Adresse) dem Verlag mitteilen.

Grafische Gestaltung: Klaus Ohl, Wiesbaden

© WOCHENSCHAU Verlag, Schwalbach/Ts., Dr. Kurt Debus GmbH

Digitale Ausgabe: ISBN 978-3-7344-0334-7 | ISSN 2191-8244

www.journal.wochenschau-verlag.de | journal@wochenschau-verlag.de |

www.wochenschau-verlag.de | www.bap-politischebildung.de | info@bap-politischebildung.de

© Wochenschau Verlag, Schwalbach/Ts

INHALT

Editorial	5
SchwerPunkt	VERTREIBUNG, FLUCHT, ASYL	7
	Nissar Gardi, Ulrike Lingen-Ali, Paul Mecheril	
	Politische Bildung unter Bedingungen von Flucht und globaler Ungleichheit	8
	Markus Ottersbach	
	Transnationale Bewegungen als Herausforderung für Bildung	
	Brauchen wir neue Konzepte?	18
	Julian von Oppen	
	Interkulturelle Pädagogik und Migrationsgesellschaft	
	Rückschlüsse aus Theorie und Empirie zur Bewältigung aktueller gesellschaftlicher Herausforderungen	24
	Boris Brokmeier, Friedrun Erben	
	Zuwanderung, Flucht und Asyl im Fokus politischer Bildung	
	Konzeptionelle und praxisbezogene Überlegungen, Erfahrungen und Forderungen	32
	Sebastian Engmann, Daniela Keeß	
	Politische Bildung im Rahmen der Hilfen für geflüchtete Menschen	
	Erfahrungen, Ansätze und Herausforderungen des Internationalen Bundes	40
	Judith Sucher	
	Praxis internationale Jugendbildung	
	Das Thema „Flucht, Migration und Willkommenskultur“	48
MitDenken	Alexander Wohnig	
	Kooperationen schaffen!	
	Soziales Engagement und politische Bildung zwischen Schule und außerschulischer Bildungseinrichtung	58

ÜberGrenzen	Berthold Meyer	
	Wieder festen Boden unter den Füßen	66
LeseZeichen		70
	Partizipative und bildende Engagementerfahrungen für Kinder / Körperlich-psychische Wahrnehmungsweisen statt Kulturalisierung / Professionalisierung der Hochschullehre / Ein Wegbereiter / Politische Bildung seit 1989	
VorGänge		82
	bap verabschiedet Teile des Vorstands / update: politik jugend bildung / Linksammlung Flucht & Asyl / Flüchtlingsproblematik im Planspiel / planpolitik – Wie funktioniert eigentlich Politik? / 40 Jahre Beutelsbacher Konsens / Überwältigende Wirtschaft / Beutelsbacher Konsens und politische Kultur	
AugenMerk		98
	AdB: Broschüre zur Interkulturellen Öffnung / IDA: Fluchtursachen und Europäische Rechte / HU: DDR-Geschichte online / Aktionstage Politische Bildung setzen 2016 aus / Personen & Organisationen / Veranstaltungen	

Weitere Heftplanung

Journal für politische Bildung

Heft 3/16	Arbeitswelt 4.0	Heft 2/17	Religion & Politik
	Redaktionsschluss: 13. Mai 2016		Redaktionsschluss: 10. Februar 2017
Heft 4/16	Besser leben	Heft 3/17	Zeit für Bildung
	Redaktionsschluss: 12. August 2016		Redaktionsschluss: 13. Mai 2017
Heft 1/17	Wahlen entscheiden	Heft 4/17	Propaganda, Desinformation, Verschwörung
	Redaktionsschluss: 4. November 2016		Redaktionsschluss: 11. August 2017

Aktuell sind weltweit über 60 Millionen Menschen dazu gezwungen, ihre Heimat zu verlassen, um sich und ihre Angehörigen in Sicherheit zu bringen. Mit der Erhöhung der Geflüchtetenzahlen diversifizieren sich die Fluchtmotive. Zu den altbekannten Gründen wie (Bürger-)Krieg, politische Verfolgung und Vertreibung kommen seit ein paar Jahren auch Fluchtmotive wie Klimawandel, Umweltzerstörung, Naturkatastrophen sowie die zunehmende Armut, oft gepaart mit Hungerkatastrophen, hinzu. Im Zuge der Globalisierung erlangte ein Teil der Welt, unser Teil, unvorstellbaren Wohlstand. Die Globalisierung kehrt sich aktuell gewissermaßen um: Auf einmal kommt der andere, ärmere Teil der Welt zu uns, auch da es bei uns friedlich ist. Diese Entwicklungen machen es immer schwieriger, klar und eindeutig von legitimen Fluchtgründen zu sprechen und welche Fluchtmotive mehr oder weniger Berechtigung haben als andere. Die stark steigenden Zahlen derjenigen, die von ihrem Grundrecht auf Asyl Gebrauch machen (möchten) und zum Teil lebensgefährliche Überfahrten über das Mittelmeer auf sich nehmen, fordern die bisherigen Strukturen und Verfahren heraus. Da viele Menschen die Passage mit dem Leben bezahlen oder irgendwo in Europa unter den unwürdigsten Bedingungen leben sind damit auch moralische Fragen verbunden. Schon seit einigen Monaten hört man in Politik, Öffentlichkeit und Medien kaum mehr etwas davon, dass unsere Werte universell, Menschenrechte unteilbar, das Grundgesetz unmittelbar geltendes Recht und die Würde des Menschen unantastbar seien – zumindest im aktuellen Kontext von Vertreibung, Flucht und Asyl. In

Staatsgrenzen eingeebte nationale Denkweisen sind wieder die handlungsleitenden Faktoren in Europa.

Hierzulande gibt es Vorbehalte und Ängste, die Gesellschaft könnte durch die Aufnahme der vielen Schutzsuchenden überfordert sein – an den radikalisierten Überzeugungen innerhalb der deutschen Gesellschaft hat sich bereits das *Journal* 4/2015 abgearbeitet. Doch zugleich gibt es aktuell viele zivilgesellschaftliche Initiativen, die sich für die Unterstützung von Geflüchteten einsetzen. Diesen gesellschaftlichen Rückenwind gilt es zu nutzen, um vor allem die Kommunen, andere lokale Akteure, und die politische Bildung noch besser zu unterstützen. Dieses Heft widmet sich den aktuellen Herausforderungen des Themas in Theorie und Praxis.

Mit einem Grundsatzbeitrag von *Nissar Gardi* (ARBEIT UND LEBEN Hamburg), *Dr. Ulrike Lingen-Ali* und *Prof. Dr. Paul Mecheril* (Carl von Ossietzky Universität Oldenburg) wird der Schwerpunkt des Heftes eingeleitet. Der Text wirft ein Schlaglicht auf das komplexe Themenfeld, wobei insbesondere ökonomistische Kategorisierungen Geflüchteter sowie Geschlechterverhältnisse kritisch besprochen werden. *Prof. Dr. Markus Ottersbach* (Technische Hochschule Köln) beschreibt in seinem Beitrag aktuelle Phänomene und Motive der Migration und plädiert für ein fundiertes lebenslage- und milieuorientiertes Bildungskonzept als Basis pädagogischen Handelns. Wie die deutsche Gesellschaft mit einem wachsenden Anteil von Zugewanderten umgehen sollte diskutiert im Folgenden *Julian von Oppen* (Freie Universität Berlin), wobei er das Konzept Interkultureller

Pädagogik anhand seiner empirischen Studie auf eine Anwendbarkeit hin untersucht und dafür plädiert, eine Kulturalisierung von sozialen Problemlagen tunlichst zu vermeiden.

Auf die beschriebenen drei theoretischen Beiträge folgen drei Beispiele aus der Praxis politischer Bildung. *Boris Brokmeier* (Ländliche Heimvolkshochschule Mariaspring) und *Dr. Friedrun Erben* (Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten) berichten über die Notwendigkeit einer interkulturellen Öffnung der Einrichtungen politischer Bildung und geben Praxisbeispiele der Unterstützung und Orientierung für Flüchtlinge sowie von Bildungsangeboten für die aufnehmende Gesellschaft. Die Kampagne „Schwarz-Rot-Bunt“ stellen *Sebastian Engmann* und *Daniela Keeß* vom Internationalen Bund (IB) vor. Sie steht für eine fachübergreifende Arbeit, die in der Auseinandersetzung mit Vorurteilen, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus nötig ist. Aus den praktischen Erfahrungen anhand einer internationalen Jugendbegegnung zum Thema „Flucht, Migration und Willkommenskultur“ berichtet *Judith Sucher* (Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge) und gibt damit ein konkretes Beispiel für die Arbeit in einer mehrtägigen interkulturellen Bildungssituation.



Alexander Wohnig (Heidelberg School of Education/Pädagogische Hochschule Heidelberg) beschreibt in seinem Beitrag in der Rubrik MitDenken ein Modellprojekt zwischen Schule und außerschulischer Bildungseinrichtung, in dem Gelingensbedingungen einer Verbindung

von sozialem und politischem Lernen erarbeitet wurden. Bei ÜberGrenzen greift *Prof. Dr. Berthold Meyer* (Philipps-Universität Marburg/Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge) erneut das Schwerpunktthema des Heftes auf und entwickelt Gedanken, wie in Deutschland symbolische Orte des Gedenkens an die Ertrunkenen des Mittelmeeres für deren Angehörige sowie als „interreligiös-ökumenische“ Mahnmale für alle Opfer von Flucht und Vertreibung geschaffen werden könnten.



Die folgenden Rubriken enthalten Rezensionen, Nachrichten, Kommentare und Materialien zur Bildungsszene. In der Rubrik VorGänge wird insbesondere auf die Rolle von Planspielen in der Flüchtlingsproblematik und darüber hinaus eingegangen. Alle Mitarbeiter/-innen der politischen Bildung sind aufgefordert, vom *Journal* als Forum für den fachlichen Diskurs Gebrauch zu machen. Zu den Themenschwerpunkten sollten möglichst frühzeitig Anregungen und Vorschläge an die Redaktion gerichtet werden. Das Gleiche gilt für Hinweise auf Projekte, Veranstaltungen u. a. Dabei sind die Redaktionstermine der Zeitschrift (siehe Heftplanung) zu berücksichtigen.

Die Journal-Redaktion

Benno Hafener, Felix Münch (verantwortlich),
Klaus Waldmann, Benedikt Widmaier,
Christine Zeuner

Kontakt: journal@wochenschau-verlag.de

Schwer Punkt



Vertreibung,
Flucht, Asyl

© fnecki - fotolia.com

Politische Bildung unter Bedingungen von Flucht und globaler Ungleichheit



NISSAR GARDI

Nissar Gardi ist Erziehungswissenschaftlerin und Bildungsreferentin im Projekt „empower – Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt“, ARBEIT UND LEBEN Hamburg. Zudem freie Referentin und Trainerin für Diversity, Empowerment und Gender.



ULRIKE LINGEN-ALI

Dr. Ulrike Lingen-Ali lehrt am Institut für Pädagogik, Fachgruppe Migration und Bildung, der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg.



PAUL MECHERIL

Prof. Dr. Paul Mecheril ist Hochschullehrer am Institut für Pädagogik der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg und Direktor des Center for Migration, Education and Cultural Studies.

Schlaglichter auf ein komplexes Themenfeld¹

Nach dem „Sommer der Barmherzigkeit“ 2015 hat sich die Situation in Deutschland grundlegend geändert. Zwar zeigen nach wie

vor weite und bedeutsame Teile der Zivilgesellschaft ihre Bereitschaft und Aktivität, die Lage jener Geflüchteten, die es nach Deutschland geschafft haben, einigermaßen erträglich werden zu lassen. Die zentralen Ereignisse der letzten Wochen sind jedoch an anderen Stel-

len zu finden: in den massiven Einschränkungen durch politische, kulturelle und militärisch-polizeiliche Kontrollen; in der Zustimmung, die diese Kontroll- und Sicherungspolitik in Europa und Deutschland erfährt – eine Politik, die den Menschen den Anspruch auf Menschenrechte letztlich vorenthält; in der massiven Verengung des Korridors, in dem das Recht auf Asyl gilt; durch die sogenannte Verschärfung der Asylgesetze und die zunehmenden und sich normalisierenden gewaltsamen Angriffe auf sogenannte Flüchtlingsunterkünfte und einzelne geflüchtete Personen.

Not, Krisen, Konflikte, (Staats-)Gewalt betreffen nicht nur spezifische Regionen, sondern haben Auswirkungen auf eine Vielzahl von Ländern und auf die Lebensbedingungen der Menschen in aller Welt. Nach Schätzungen des *UN-Flüchtlingskommissariats* (UNHCR) sind weltweit mehr als 60 Millionen Menschen auf der Flucht. Mittlerweile handelt es sich dabei um eine der größten Fluchtbewegungen seit dem Zweiten Weltkrieg (vgl. Tenfeld 2015: 9).

Die Genfer Flüchtlingskonvention verpflichtet zum Schutz der Menschenrechte für Geflüchtete (vgl. Yilmaz-Günay/Klinger 2014: 27). Artikel 1 der Genfer Flüchtlingskonvention definiert einen Flüchtling als Person, die sich außerhalb des Landes befindet, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt oder in dem sie ihren ständigen Wohnsitz hat, und die wegen ihrer Rasse [sic!], Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung eine wohlbegründete Furcht vor Verfolgung hat und den Schutz dieses Landes nicht in Anspruch nehmen kann oder wegen dieser Furcht vor Verfolgung nicht dorthin zurückkehren kann (vgl. UNHCR 2015).

Die Schwierigkeit für geflüchtete Menschen besteht allerdings nicht selten in der „Normalfallregelung“, dass „Personen vor ihrer Anerkennung als Flüchtling glaubhaft machen [müssen], dass ihre Furcht vor Verfolgung begründet ist“ (ebd.). In der Bundesrepublik Deutschland haben nach dem Artikel 16a GG politisch Verfolgte ein individuelles Grundrecht auf Asyl. Die Einschränkungen des „Asylrechts“ innerhalb dieses Artikels – „auf den Artikel kann sich [zum Beispiel] nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten [vermeintlich] sichergestellt ist“ – bewirkt, dass für viele geflüchtete Menschen die Inanspruchnahme des Grundgesetzartikels ausgeschlossen ist.

Die europäische Flüchtlingspolitik wird signifikant von dem Versuch getragen, durch Stärkung der europäischen Grenzeinrichtungen Menschen auf der Flucht die Einreise nach Europa zu erschweren. Dies ist in den letzten Jahren, vermehrt in den letzten Monaten, zur nahezu totalen Maxime europäischer Außenpolitik geworden. So stellte die *Europäische Union* (EU) beispielsweise Griechenland im Jahr 2012 für die Versorgung von Asylsuchenden vier Millionen Euro und für die Grenzsicherung 200 Millionen Euro zur Verfügung (vgl. Müller 2013 nach Yilmaz-Günay/Klinger 2014: 30). Es ist ein europäisches Grenzregime entstanden, das immer weiter nach Süden und Osten verschoben und militarisiert wird (vgl. Klepp 2011: 387 f.; Yilmaz-Günay/Klinger 2014: 29 f.) und das seit 1993 über 20.000 Leben gekostet hat (vgl. Yilmaz-Günay/Klinger 2014: 29). Aktuell

sind in Deutschland verbreitete nationalistisch-rassistische Artikulationen wie die PE-GIDA-Demonstrationen und nahezu tägliche Gewalttaten gegen Asylsuchende und Unterkünfte sowie die (weitere) Kriminalisierung Asylsuchender zu verzeichnen, die verdeutlichen, dass eine Art Kampf um die Frage ausgetragen wird, ob Menschenrechte tatsächlich für alle gelten sollen oder nur für eine zahlenmäßig eher kleine Gruppe von global privilegierten Menschen und Regionen.

Ökonomistische Kategorisierung Geflüchteter

An die Stelle des universellen Menschenrechts rückt zunehmend eine funktionalistische Betrachtung und Behandlung von Menschen. Sie werden zunehmend entweder als bedrohliche Masse inszeniert oder in der individualisierenden Version auf ihre „Brauchbarkeit“ geprüft. Damit geraten Geflüchtete in den Einzugsbereich eines ökonomistischen Dispositivs. Im Kontext von diagnostiziertem „Fachkräftemangel“ dominiert der Topos der „Verwertbarkeit von Immigrant*innen in der Diskussion über Migrations- und Flüchtlingspolitik“ (Rüzgar/Schaft 2014: 70). Dies wird auch im Rahmen der politischen und gesellschaftlichen Debatten um sogenannte „Armutszuwanderung“ deutlich, die unter anderem zur verstärkten Diskriminierung der in Deutschland lebenden Sinti und Roma führt. Nur selten werden die „massiven Diskriminierungen, die Roma u. U. in ihren Herkunftsländern erfahren haben“ (Hornberg 2014: 187) thematisiert, und die bundesdeutsche Bevölkerung weiß wenig über „Flucht-Motive“ und über die Not und Ungleichheit, die auch innerhalb europäischer Länder besteht. Zudem ist teilweise eine Argumentation zu

erkennen, die in mehr oder weniger subtiler Weise eine Ungleichbehandlung von Menschen, z. B. jenach ihrer Glaubensrichtung, als legitim erscheinen lässt. Eine „Abschottungsmentalität und Fremdenfeindlichkeit“ auch „in der Mitte der Gesellschaft“ ist zu spüren (vgl. Ahlheim 2011: 55 ff.).

Zugleich wird das demografisch düstere Bild des Schwindens einer statistischen nation-ethno-kulturellen Mehrheit bemüht, womit die instrumentelle Notwendigkeit verknüpft wird, (implizit) als nation-ethno-kulturell Andere adressierte Personen („Menschen mit Migrationshintergrund“; „Flüchtlinge“) zu fördern, um „unseren“ Standortvorteil zu sichern. Dies hat den ohnehin instrumentellen Zugriff auf Migrant/-innen und Geflüchtete unter Bedingungen der sogenannten Wissensgesellschaft modernisiert. Das wandernde und wanderungsfähige „Humankapital“ ist zu einem der begehrtesten Ressourcen im globalen Wettstreit um die Sicherung des nationalen Wohlstandes und der nationalen Konkurrenzfähigkeit geworden; dies wird auch in Deutschland erkannt. Die Logik dieses auf demographischen Ausgleich und wirtschaftliches Wachstum zielenden öffentlichen Diskurses ist hierbei im Kern ökonomistisch: „Nutzung von Arbeitskraft“, „Erhalt und Ausbau der Wettbewerbsfähigkeit“, „Gewinnung Hochqualifizierter“, „Innovationskraft der Wirtschaft“, „Sicherung des Wohlstandes“ sind zentrale Vokabeln. Mit der Betonung der instrumentellen Bedeutung der Migrant/-innen sowie ihre Verwertbarkeit wird in der Konsequenz zwischen „guten“ und „schlechten“ Migranten unterschieden. „Gute“ sind solche, die einen Beitrag zur Sicherung „unseres“ Wohlstandes leisten, „schlechte“ solche, die „unsere“ Ressourcen verbrauchen (Sinti und Roma beispielsweise, die aufgrund rassis-